

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

16.10.2015

## **Änderungen im Asylrecht**

Der Deutsche Bundestag hat an diesem Donnerstag mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein umfangreiches Gesetzespaket zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms beschlossen. In namentlicher Abstimmung votierten die Abgeordneten mit 475 Stimmen für und 68 Stimmen gegen den Entwurf bei 57 Enthaltungen. Hierzu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Strobl: „In der aktuellen Lage wird es nicht den einen Befreiungsschlag geben, mit dem wir alle Probleme umgehend lösen können, die sich mit dem Flüchtlingszustrom verbinden. Es muss an vielen einzelnen Stellschrauben gedreht werden: Sowohl national als auch international. National haben wir heute einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht. Es handelt sich um die bedeutendste Asylrechtsreform seit den 90er Jahren, mit harten Maßnahmen für die, die einen Asylantrag stellen, obwohl sie offensichtlich nicht schutzbedürftig sind. Die einmütigen Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten vom 24. September, die dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz zugrunde liegen, waren ein beeindruckendes Zeichen nationaler Solidarität. Dass die Bundestagsfraktion der Grünen heute diesen Konsens aufgekündigt und gegen einzelne Teile des Pakets gestimmt hat, bedauern wir sehr. Verantwortungspolitiker sitzen bei den Grünen jedenfalls nicht im Deutschen Bundestag. Dass darüber hinaus Nordrhein-Westfalen bereits angekündigt hat, wesentliche Grundgedanken des Gesetzes – wie etwa die Unterbringung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder den Vorrang des Sachleistungsprinzips – gar nicht umzusetzen, ist verantwortungslos und grob fahrlässig.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer ergänzte: „Das heute beschlossene Gesetz trägt die Handschrift der Union. Wir setzen mit ihm viele Maßnahmen um, für die wir lange gekämpft haben. Es ist nicht nur die Tatsache, dass wir mit diesem Gesetz den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten erweitern und den gesamten Westbalkan zu einer sicheren Herkunftsregion erklären, die bemerkenswert ist. Neu und richtungsweisend ist, dass in Zukunft

eine ganze Reihe von Einschränkungen mit dem Status „sicherer Herkunftsstaat“ verbunden sein werden. Es sind Einschränkungen, die denen, die nicht schutzbedürftig sind, den Anreiz für einen Asylantrag in Deutschland nehmen. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, muss künftig bis zum Ende seines Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben; er darf den entsprechenden Bezirk nicht verlassen; er bekommt kaum noch Bargeld und keine Möglichkeit zu arbeiten; seine Leistungen werden nach Abschluss des Verfahrens gekürzt, und er wird direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurückgeführt. Das sind harte Maßnahmen. Doch damit senden wir ein ganz eindeutiges Signal: Wer offensichtlich keinen Schutz braucht und gleichwohl einen Antrag auf Asyl stellt, hat in Deutschland nichts zu erwarten außer einem Aufenthalt in den Gemeinschaftsquartieren einer Erstaufnahmeeinrichtung und der Abschiebung. Zudem werden Leistungen künftig höchstens einen Monat im Voraus gezahlt. Die vereinbarten Beschleunigungen im Asylverfahren müssen nun durch konsequente Abschiebungen der abgelehnten Asylbewerber durch die Länder durchgesetzt werden.“

Zur Integration von Flüchtlingen sagte Strobl: „Wir öffnen die Integrationskurse für Asylbewerber und werden sie besser mit berufsbezogenen Sprachkursen verzahnen. Auch die Arbeitsmöglichkeiten werden erweitert. Dies gilt allerdings wohlgedacht alles nur für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive.“ Strobl äußerte sich auch zu weiteren internationalen Maßnahmen: „In einem nächsten Schritt wollen wir uns mit der SPD auf die Einrichtung von Transitzonen an den Grenzen verständigen. Handlungsbedarf sehe ich vor allem auf europäischer Ebene. Dazu gehören: Ein wirksamer und kräftiger Schutz der europäischen Außengrenzen, die unverzügliche Einrichtung der sogenannten Hotspots in Griechenland und Italien, die Vereinbarung einer verbindlichen Quote zur Verteilung der Flüchtlinge. Darüber hinaus müssen wir mit der Türkei reden, die Situation in den Flüchtlingslagern verbessern und an die Bekämpfung der Fluchtursachen gehen.“

## Bundesrat billigt Asylpaket

Die vom Bundestag vorgenommenen Änderungen im Asylrecht können wie geplant am 1. November in Kraft treten. Denn am Freitag hat der Bundesrat dem Asylpaket der großen Koalition zugestimmt. Die Veränderungen sehen eine Reihe von Verschärfungen vor, um abgelehnte Asylbewerber zum schnelleren Verlassen des Landes zu bewegen. Außerdem haben die Veränderungen das Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive schneller zu integrieren.

## Hochschulen fordern mehr Geld für Integration

Die deutschen Hochschulen haben finanzielle Unterstützung für die Integration von Flüchtlingen an Universitäten und Fachhochschulen angemahnt. „Die Hochschulen benötigen eine bedarfsgerechte Unterstützung, um Studienanfänger, Studierende und Wissenschaftler unter den Flüchtlingen zu fördern“, erklärte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, am Freitag in Bonn. Pro Flüchtling und Jahr gehe man allein für Sprachförderung und Vorbereitungskurse von Kosten in Höhe von etwa 4.000 Euro aus. Zahlreiche Hochschulen bieten den Angaben zufolge bereits Schnupperstudien für Flüchtlinge an, erlassen ihnen die Gebühren für Gasthörer oder unterstützen sie etwa bei Behördengängen oder der Wohnungssuche. Die Hilfen bezahlen die Unis und FHs zurzeit aus ihren eigenen knappen Haushalten, sagte Hippler. Zudem leisteten viele Mitarbeiter freiwillige Mehrarbeit und Studenten engagierten sich ehrenamtlich. Hippler forderte einen Ausbau der Infrastruktur zur Integration von Flüchtlingen an Hochschulen. So müssten Unis etwa besser mit Akteuren der Flüchtlingsbetreuung vernetzt werden. Zudem seien fachspezifische Sprachkurse und inhaltliche Vorbereitungskurse nötig. „Eine frühzeitige Bildungsberatung ist der entscheidende erste Schlüssel zu einer guten Integration“, betonte Hippler. (epd).

## Mittelstand benötigt zukünftig mehr IT

Mittelständische Unternehmen werden IT-Aufgaben in den kommenden Jahren verstärkt outsourcen. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Umfrage des Dienstleisters DiOmega, eine Full-Service Agentur für IT und Web, die nach einer eigenen Umfrage eine wachsende Bedeutung externer Dienstleister für mittelständische Unternehmen feststellen. Demnach glauben beispielsweise 57 Prozent der Befragten: Unternehmensfremde Spezialisten können maßgeblich dazu beitragen, stockende oder zu scheitern drohende IT-Projekte zu retten. 55 Prozent der IT-Experten waren zudem der Meinung, dass das Outsourcing für mittelständische Unternehmen künftig eine zunehmend zentrale Rolle spielen werde. Weiteres Ergebnis der Studie: Auch die Anforderungen an die IT

steigen. So habe der deutsche Mittelstand weiterhin einen deutlichen Nachholbedarf in Sachen IT-Sicherheit sowie Datenschutz (87 Prozent) und müsse mittelfristig auf die „Dritte Plattform“ (Cloud, Big Data, Mobil) setzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben (58 Prozent). Für über zwei Drittel der Befragten ist zudem klar: IT-Abteilungen mittelständischer Unternehmen werden sich von langfristigen Planungen verabschieden müssen und künftig dynamisch auf neue Anforderungen reagieren müssen. Die kommenden Herausforderungen werden finanziell Tribut fordern – sind sich 67 Prozent der Befragten sicher. Ihrer Einschätzung zufolge werde der deutsche Mittelstand in den nächsten Jahren deutlich mehr Geld in die IT-Infrastruktur investieren müssen. (<http://www.cloudcomputing-insider.de/plattformen/hosting-und-outsourcing/articles/507214/>)

## ERASMUS+ auch für Azubis

Generationen von Studierenden haben mit finanzieller Unterstützung durch das EU-Programm Erasmus beziehungsweise Erasmus+ schon wertvolle Erfahrungen im europäischen Ausland gesammelt. Aber sie sind nicht die Einzigen, die von dem Programm profitieren können. Auch Auszubildende und Berufsfachschüler und Berufsfachschülerinnen haben die Chance, mit Hilfe von Erasmus+ Praktika in anderen europäischen Ländern zu machen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern, die Arbeitsweise dortiger Betriebe kennenzulernen und mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenzuarbeiten. NABIBB, die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung, hat eine spezielle Internetseite für Azubis und Berufsfachschüler eingerichtet. Dort finden sich Informationen darüber, wie man ein Auslandspraktikum findet, welche Fördermöglichkeiten es gibt und wie man die notwendigen Anträge stellt. Die einzelnen Projekte können ganz unterschiedlich aussehen und zwischen zwei Wochen und zwölf Monaten dauern. Erfahrungsberichte junger Leute auf der Webseite zeigen, was alles möglich ist. (<http://www.machmehrausdeinerausbildung.de/>)

## Zitat

„Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass, wer nach Deutschland kommt, nicht in die Bundesliga einwandert, sondern ins Grundgesetz und seine Regeln für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft.“ (Bundestagspräsident, Norbert Lammert, in der „Rheinischen Post“ vom Donnerstag zu seiner Forderung nach einer Leitkultur, der sich Flüchtlinge hierzulande anpassen müssten.)